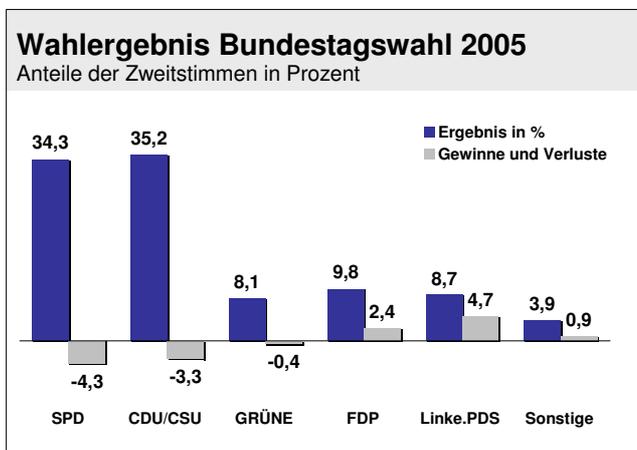


18. September 2005

Rot-Grün gescheitert – Schwarz-Gelb verpasst Mehrheit – Deutschland noch ohne Regierung

Bei der Bundestagswahl haben Schwarz-Gelb und Rot-Grün jeweils ihr Ziel, eine eigenständige Mehrheit zu erreichen, verfehlt. Während die SPD mit 34,3 Prozent (minus 4,3) und die CDU/CSU mit 35,2 (minus 3,3) verlieren, sind die Linkspartei, die mit 8,7 Prozent (plus 4,7) jetzt wieder als Fraktion in den Bundestag einzieht, und die FDP mit 9,8 Prozent (plus 2,4) die Gewinner der Wahl. Die Grünen liegen mit 8,1 Prozent (minus 0,4) knapp unter ihrem Ergebnis von 2002. Die Verluste der CDU/CSU fallen in den alten und den neuen Bundesländern zwar ähnlich aus, knapp die Hälfte der Stimmen hat allerdings die CSU in Bayern verloren. Die SPD muss im Osten mit minus 9,3 Prozentpunkten deutlich größere Einbußen hinnehmen als im Westen (minus 3,1), umgekehrt gewinnt die Linke.PDS im Osten 8,5 Punkte und erreicht ebenso wie die CDU 25,3 Prozent.



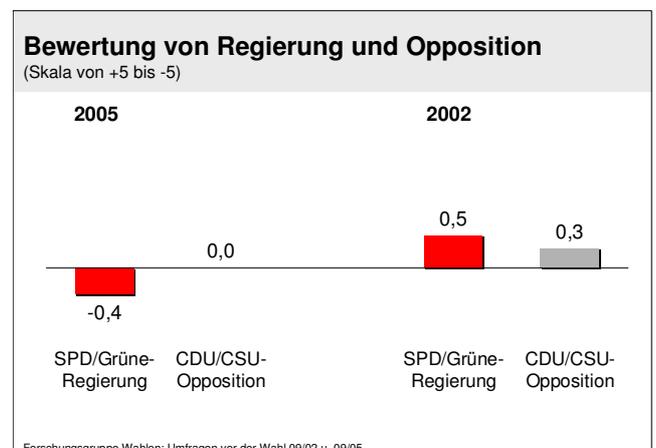
Die Wahlniederlage der SPD basiert auf hoher Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und fortschreitendem Vertrauensverlust in die Kompetenzen der SPD. Zum Ende der Legislaturperiode sehen nur noch 34 Prozent Deutschland gut aufgestellt, 60 Prozent sprechen von einer schlechten Zukunftsvorbereitung der Republik. Um Deutschlands mit Abstand wichtigstes Problem, die Arbeitslosigkeit, zu bekämpfen, setzen lediglich 21 Prozent (2002: 29 Prozent) auf die SPD, aber 41 Prozent (2002: 38 Prozent) auf die Union. Auch in Wirtschafts- und Zukunftsfragen halten die SPD sichtbar weniger Bürger für kompetent als die CDU/CSU, in den Bereichen der Steuer-,

Renten-, Gesundheits- und Familienpolitik liegt die SPD praktisch gleichauf mit der Union.

Parteikompetenzen:

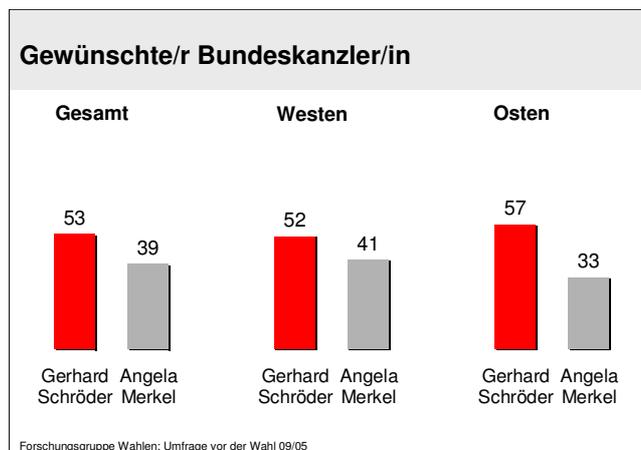
	SPD	CDU/CSU	keine	w.n.
Arbeitsplätze	21 %	41 %	22 %	10 %
Wirtschaft	25 %	40 %	22 %	8 %
Renten	29 %	29 %	25 %	12 %
Steuern	34 %	35 %	10 %	11 %
Finanzen	23 %	40 %	18 %	11 %
Außenpolitik	35 %	21 %	3 %	10 %
Ost-West	30 %	29 %	12 %	14 %
Bildung	29 %	37 %	8 %	14 %
Familie	34 %	32 %	7 %	11 %
Gesundheit	31 %	29 %	12 %	12 %
Zukunft	30 %	37 %	16 %	11 %

Die Abwahl von Rot-Grün resultiert zudem aus der schlechten Leistungsbilanz der Bundesregierung. Die Arbeit des Kabinetts Schröder wurde fast während der gesamten Legislaturperiode negativ bewertet, auf der +5/-5-Skala lag Rot-Grün vor der Wahl mit minus 0,4 deutlich unter dem Niveau von 2002 (plus 0,5). Die Union konnte mit einem Wert von 0,0 (2002: 0,3) aus der Schwäche der Regierung aber nicht profitieren, als Alternative überzeugte sie nur bedingt. Zuletzt sprach sich mit 51 Prozent nur eine knappe Mehrheit für einen Regierungswechsel aus.



Daneben resultieren die Verluste der Union auch aus einer erheblichen Bewegung im schwarz-gelben Lager kurz vor der Wahl: Die Gewinne der FDP sind größtenteils auf die Debatte um eine große Koalition

zurückzuführen. Viele Wähler aus dem bürgerlichen Lager wollten eine große Koalition verhindern, die zum Schluss an Attraktivität verlor. Von den Unionsanhängern sprachen sich in der Woche vor der Wahl 53 Prozent gegen und nur 36 Prozent für eine Koalition mit der SPD aus. Darüber hinaus wirkte sich aus Sicht der Befragten die Personalie Paul Kirchhof negativ für die CDU/CSU aus: 68 Prozent meinten, Kirchhof habe der Union im Wahlkampf eher geschadet, nur 15 Prozent meinten, er habe der Union genutzt. Auch die Wirksamkeit einer Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Lohnnebenkosten wurde angezweifelt: Nur 11 Prozent rechneten deshalb mit mehr, 23 Prozent aber mit weniger Arbeitsplätzen, 61 Prozent erwarteten keinerlei Veränderungen.

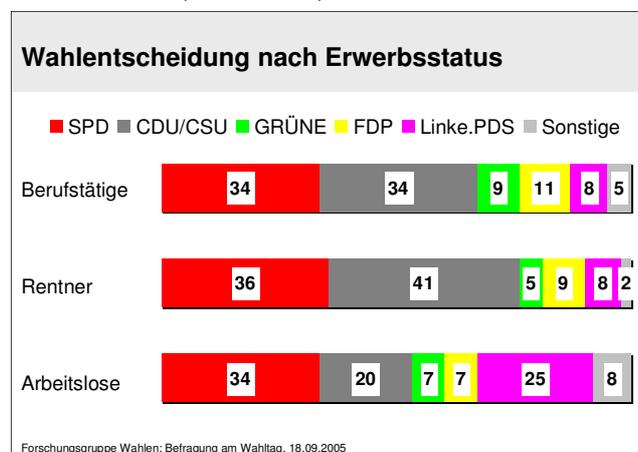


Auch mit der Kanzlerkandidatin Angela Merkel konnte die Union nicht punkten: Als Bundeskanzler wünschten sich 53 Prozent Gerhard Schröder und 39 Prozent Angela Merkel.

Wer ist ... / Wer hat ... / Wer kann besser ...	beide gleich		
	Schröder	Merkel	
glaubwürdiger	27 %	29 %	43 %
sympathischer	52 %	25 %	22 %
durchsetzungsfähiger	50 %	24 %	23 %
eher ein Siegertyp	71 %	9 %	18 %
mehr Sachverstand	38 %	21 %	37 %
bessere Reg.mannschaft	28 %	37 %	28 %
Jobs schaffen	11 %	31 %	52 %
Regierung führen	39 %	24 %	28 %
dt. Interessen vertreten	57 %	15 %	24 %
Zukunftsprobleme lösen	24 %	33 %	38 %

31 Prozent aller Befragten hätten der Union mit einem anderen Kandidaten ein besseres, nur 14 Prozent ein schlechteres Ergebnis zugetraut, für 51 Prozent hätte dies jedoch keinen Unterschied gemacht. Gerhard Schröder (1,1) hat jedoch im Vergleich zu 2002 an Ansehen eingebüßt (2002: 1,9). Angela Merkel erreicht mit 0,9 auf der +5/-5-Skala ein höheres Niveau als drei Jahre zuvor Edmund Stoiber (2002: 0,4).

Die CDU/CSU schneidet erneut bei älteren Wählern erfolgreicher ab als bei jüngeren, nur bei den über 60-Jährigen bleibt sie mit 43 Prozent stärkste Partei, in allen anderen Altersgruppen liegt die SPD vorn. Die Union verliert durchgängig, am deutlichsten jedoch bei den 45- bis 59-Jährigen (minus sechs). Überdurchschnittlichen Verlusten der Union bei Männern stehen überdurchschnittliche Verluste der SPD bei Frauen gegenüber. Die SPD liegt bei Arbeitern (37 Prozent) und Arbeitslosen (34 Prozent) zwar weiterhin vorn, sie muss hier aber überdurchschnittliche Einbußen hinnehmen (Arbeiter: minus sechs; Arbeitslose: minus sieben). Umgekehrt legt die Linkspartei.PDS vor allem bei Arbeitslosen (plus 15) aber auch bei Arbeitern (plus sieben) deutlich zu. Sie wird bei Arbeitslosen mit 25 Prozent zweitstärkste Kraft vor der Union (20 Prozent).



Durch die schwierigen Mehrheitsverhältnisse nach der Bundestagswahl steht die Republik vor einer großen Herausforderung, im Blickpunkt stehen zunächst die Koalitionsverhandlungen. Auch wenn heute noch nicht klar ist, wer in Zukunft Deutschland regiert: Es wird eine Koalition sein, die keine der Parteien vorher gewollt hat. Für die Parteien wird es schwierig werden, die dann entstehende Regierung ihren Wählern schmackhaft zu machen. (Mannheim, 19.09.2005)

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Weitere Grafiken und Berichte zur Bundestagswahl finden Sie auch im Web unter: <http://www.heute.de>. Nächstes reguläres Politbarometer am Freitag, den 23.09.05 im Anschluss an das „heute-journal“. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter der Adresse Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.